

Öffentlicher Anzeiger

für den Kreis Kreuznach und sämtliche Orte im Rahegebiet, Sunstrich, in Rheinhessen, der Rheinpfalz u. Birkenfeld

erschiet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 29.
Fernsprecher 44. Geschäftsstunden:
vormittags 7-12 Uhr, nachmittags
2-5 Uhr. Postfach-Nummer 1011
Nr. 2067. Erscheinungsort Kreuznach.

Bezugspreis v. 19.—24. November
400 Milliarden ohne Zuteilung.
Anzeigenpreis für die 8 resp. Seite
mm 10 Goldpf., Familienanzeigen,
ausw. und amtliche Anzeigen, Ver-
kaufsergebnisse mm 20 Goldpf., Ver-
einfachungen 30 Goldpf., 2. u. 3.
Seite 50%, 1. Seite 75%, Aufschlag.

Redaktionsdruck und Verlag der Buchdruckerei Ferd. Harrach in Kreuznach.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Waller Star, für die Anzeigen: Sob. Stöck, beide in Kreuznach.

Im Falle von böserer Gewalt, Verbot, Streik, Ausperrung oder Betriebsstörung hat der Bezogler keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Auflösung der kommunist. Partei.

Berlin, 24. Nov. General v. Seckt hat die kommunistische Partei Deutschlands, die kommunistische Jugend und die deutschvölkische Freispartei aufgelöst und im ganzen Reich verboten. Das Vermögen der Organisationen wurde beschlagnahmt.

Im Anschluss an das Verbot wurden die Reaktionen und Demonstrationen der „Noten Fahn“ und des „Deutschen Tagesblattes“ in Berlin, sowie der „Arbeiterzeitung“ in Dresden und des „Kämpfers“ in Chemnitz militärisch besetzt und geschlossen. Bei Hausdurchsuchungen in Berlin wurde zahlreiches Material beschlagnahmt.

Göteborg, 25. Nov. Gegen die Kommunisten wurde eine Untersuchung eröffnet, da sie auf Papier in den französischen Nationalarchiven die französischen Soldaten aufzuredeten, nicht auf deutsche Arbeiter zu schießen.

Eingriffe des Justizministers.
Dresden, 25. Nov. Die „L. N. N.“ behaupten: Der höchste Justizminister tritt in das Verfahren gegen Dr. Seckler ein und übertrug die Voruntersuchung einem anderen Staatsanwalt.

Die Reichswehr wird zurückgezogen?
Berlin, 25. Nov. Das Reichskabinett ist geneigt, die Reichswehr bis zum 28. November aus Sachsen und Thüringen zurückzuziehen.

Es kriselt auch in Preussen?
Berlin, 24. Nov. Die Deutsche Volkspartei hat angeblich den Wunsch geäußert, aus der Koalition in Preussen auszufcheiden, da die Mehrzahl der Mitglieder gegen ein weiteres Zusammengehen mit den Soz. ist.

Die Kämpfe im Siebengebirge.

Königswinter, 25. Nov. Die Unterfuchung wegen der gemordeten blühenden Heberfälle auf die Separatisten dauert an. Die Zahl von 130 Toten wird als übertrieben bezeichnet. Die Separatisten selbst geben 30 Tote an.

In Kreuznach wurde die separatistische Wachmannschaft aus dem Stadthaus zurückgezogen.

In Bingen haben sich jetzt 5 Beamte des alten Kreisamtes ihren Dienst wieder angenommen. Die weiteren Beamten werden nicht mehr eingestellt und sind entlassen. (M. W. 3)

In Tzalling wurde die Rhein. Republik ausgerufen und über die ganze Bürgermeisterei der Belagerungszustand verhängt. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. In Ludwigshafen wurde gestern von den Separatisten besetzt.

Abkommen mit den Industriellen.

Eisen, 24. Nov. Die Verhandlungen der Industriellen mit der französischen Ingenieurkommission führten zu einem Übereinkommen, welches die Wiederaufnahme der Arbeit im ganzen Ruhrgebiet am nächsten Montag heißt. Der fünfjährige Ausschluss der besetzten Gebiete begab sich nach Berlin, um die Abmachungen dort bestätigen zu lassen.

Wieder blutige Arbeitslosen-Krawalle.

In Düsseldorf kam es gestern Abend wieder zu schweren Unruhen. Besonders in Drenndorf haullien die Minderen. Als die Polizei sie mit Gewehrgehäusen in die Flucht jagten, zertrümmerten sie in den Geschäftstrassen sämtliche Schaufenster. Bei den Straßenkämpfen, die auch in Oberfeld sehr heftig waren, gab es 4 Tote und über 100 Verwundete.

In Berlin kam es gestern wieder zu Arbeitslosen-Unruhen. In einer Straße wurden 3 Metzgereien und 3 Bäckereien geplündert, doch konnte die Polizei weitere Ausschreitungen gegen die Geschäftsleute verhindern.

Dr. Schacht Habenssteins Nachfolger?

Berlin, 24. Nov. Zum Nachfolger Dr. Habenssteins ist Direktor Dr. Schacht von der Darmstädter Bank als Bewerber der Reichsbank ausgerufen.

Die Zugeständnisse Frankreichs.

Paris, 25. Nov. Zu den Verhandlungen der Völkervereinigung schreibt „Le Temps“: Frankreich hat nach wie vor volle Handlungsfreiheit. Verleiht Deutschland den Friedensvertrag von Versailles, so wird die Befreiung des linken Rheingebiets verlängert. General Klotz wird die Entlassung Deutschlands fortsetzen. Die Alliierten sind sich in dieser Frage völlig einig, denn nur so kann der Frieden der Welt gesichert werden. Um dieses Ziel willen behauptet Frankreich nicht die Zugeständnisse, die es England machte und die sich auch auf die Ruhrfrage beziehen werden.

Sturz des Kabinetts Stresemann.

Misstrauensvotum für Stresemann.

Berlin, 24. Nov. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde abends 7.30 Uhr über die 3 Misstrauensanträge der Deutschnationalen, der Soz. und der Kommunisten, sowie über den Vertrauensantrag der Deutschen Volksp. abgestimmt. Der Vertrauensantrag wurde mit 155 gegen 230 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen abgelehnt. Reichskanzler Dr. Stresemann verließ sofort mit den Ministern den Saal und empfing im Reichskanzler-Palais die Vertreter der in- und ausländischen Presse, von denen er sich verabschiedete.

Dann begab sich Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten Ebert und teilte ihm die Demission des Kabinetts mit. Bis zur Bildung der neuen Regierung führt Dr. Stresemann die Geschäfte weiter.

Reichspräsident Ebert empfing noch in später Abendstunde die Vertreter aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Soz. Es besteht noch keine Klarheit über den Nachfolger Stresemanns, die Auflösung des Reichstages ist nicht wahrscheinlich.

Die gestrige Reichstagsitzung.

Zu Beginn der gestrigen Reichstagsitzung erklärte Reichskanzler Dr. Stresemann, die 3 Misstrauensanträge seien 3. E. durch entgegengesetzte Gründe motiviert. Die Regierung könnte sich auf eine arithmetische Mehrheit, die sich vielleicht zufällig aus dieser Sachlage ergeben könnte, nicht verlassen, sie verlange eine klare Entscheidung und bitte darum.

Scholz (Deutsche Volksp.) beantragt für seine Partei, Zentrum und Demokraten ein Vertrauensvotum für Dr. Stresemann.

Erkelenz (Demokrat) bedauert, daß die große Koalition, ohne welche die großen Probleme der gegenwärtigen Politik nicht gelöst werden können, zerbrochen ist.

Koenen (Kommunist) verlangt die Aufhebung der Militärverwaltung in Sachsen und Thüringen.

Leicht (Bayer. Volksp.): Wir folgen weder dem deutschvölkischen Herrn v. Graefe, noch dem Reichskanzler Dr. Stresemann, der sich in das Joch der feindseligen Soz. spannen ließ. Die wichtigste politische Frage ist für uns die Unantastbarkeit des Besitzes, der auch nicht durch Steuern vermindert werden darf. Wir haben nicht mehr das Vertrauen, daß Dr. Stresemann das Privateigentum unter allen Umständen schützen wird.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Sämtliche Angriffe gegen die Reichswehr sind gegenstandslos. In Schneeberg im Siebengebirge mußten einige rabiate Kommunisten bei der Verhaftung an die Pierde gebunden werden, die etwas schnell seien, wobei vielleicht der eine oder andere Gefangene beim Herunterfallen gestorbt ist. Es ist aber nicht wahr, daß die Gefangenen an Stricken im Galopp über die Straße geschleift wurden. Auch die anderen Anklagen gegen die Reichswehr sind unbeeinträchtigt. Der militärische Ausnahmezustand ist mir selbst am unangenehmsten, ich bedauere, daß wir zu einem solchen Mittel greifen mußten, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu verhindern.

Wels (Soz.): Leider flaut innere Zerrissenheit überall im deutschen Volk. Hier im Hause ist die Mehrheitsbildung gescheitert an der frassen Hervorhebung der Klassenunterschiede von Ihrer (nach rechts) Seite. Unter Zukunftstraum ist international sind die Vereinigten Staaten von Europa, national die deutsche Einheitsrepublik. Gegen den Wahnsinn derjenigen, die im Westen eine Industrieoberherrschafft errichten wollen, erheben wir laut unsere Stimme. Den Friedensvertrag aufkündigen, bedeutet, daß tun, was der Gegner will und ihm zum Triumph verhilft. Die Wirtschaft der Reichswehr in Sachsen und Thüringen hat zu einer wahrhaften Tragödie für die Bevölkerung geführt. Die Heber, rufe sagen, daß keine Stunde mehr gewartet werden darf, um dem militärischen Belagerungszustand ein Ende zu machen. Wir verlangen, daß mit der Verzögerung der Besitzen zur Steuerzahlung endlich Ernst gemacht wird.

Gergt (Dem.): Das Kabinett ist nur ein Kopf, der eine neue Probe dazu bekommen hat. (Zuruf links: Jarrys? Geierzeit.) Die Soz. wußten sehr wohl, was es bedeutete, als sie die unglückliche Bestimmung in das Ermächtigungsgesetz brachten, daß es nur gelten sollte, solange die Regierungsgrundlage unverändert bleibe. Jetzt rächt sich das. Das Kabinett Stresemann ist der Erfinder, ja der Fanatiker der Großen Koalition. Nun ist das Kartenhaus gesunken. Nun muß auch er fallen. Der Kanzler wünscht,

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 24. Nov. In der Kammer erklärte ein Redner der Rechten, Poincaré wäre nicht mit genügender Energie die Interessen Frankreichs, er müsse eine schärfere Politik gegen Deutschland anschlagen.

Ministerpräsident Poincaré legte in einständiger Rede die Richtlinien seiner Außenpolitik dar. Die Lage an der Ruhr bessere sich täglich, Frankreich werde mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete sehr gut fertig, wenn der böse Geist Berlins ausgeschaltet bleibe. Manderlei Reichen eines Umstümpfens der Stimmung seien im besetzten Gebiet zu bemerken, aber noch gelte das Sprichwort: Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Man könne Deutschland die Zügel noch nicht locker lassen, der nationalitische Geist sei noch zu lebendig in Deutschland.

Der Leipziger Pöbel zeigt wieder einmal die wahre Gefinnung Deutschlands. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel habe gestern der belgischen Regierung sein Bedauern über Leipzig ausgesprochen, trotzdem können die Alliierten nicht auf Sanktionen wegen Leipzig verzichten.

Reichskanzler Dr. Stresemann habe sich in seiner Rede gegen Frankreich einer schweren Entstellung der Wahrheit schuldig gemacht. Nicht Frankreich sei schuld an dem humanitären Zusammenbruch Deutschlands, sondern die deutsche Regierung. Er habe die durch den passiven Widerstand Deutschland moralisch u. wirtschaftlich nach innen u. außen ruinert habe. Man kann sich auf Deutschland in seiner Hinsicht verlassen, deshalb müssen wir als einzige reale Garantie für unsere Befreiung und unsere Sicherheit deutsches Gebiet besetzt halten, bis ein friedlicher Geist sich in Deutschland durchgesetzt hat, oder bis Deutschland seine Macht mehr hat, die Welt mit einem neuen Krieg zu überziehen. Die Garantie des Friedens in der Aufrechterhaltung der Entente deren Bruch ein Verhängnis für Europa wäre.

Mit 508 gegen 70 Stimmen sprach die Kammer Poincaré ihr Vertrauen aus, mit 526 gegen 15 Stimmen billigte sie die Haltung Poincarés in der Votenschaftsreferenz.

Die deutschen Finanzfachverständigen gaben gestern der Reparationskommission Auskunft über die deutsche Finanzlage, die Fischer schilderte. Er schlossen sich keine Fragen an die deutschen Vertreter an.

Das alles in dieser schweren Not des Vaterlandes zusammengefaßt. Soll wohl heißen: alles mit Ausnahme der Deutschnationalen. Dabei sind sie die wertvollsten Kräfte, jedenfalls die aktivsten und die Haarterhaltensten. (Gelächter links.) Die Soz. sind wohl nicht a. D., sondern 3. E. und solange besteht auch die Sorge weiter, daß dieses Kabinett maritisch eingestürzt bleibt. Was marxistisch ist? Die Einstellung: Nur nicht wieder Krieg, Verhandeln, Verhandeln. Wir treten für die Arbeiterschaft ein, wenn wir die Anbahnung vertreten, daß in Deutschland unendlich mehr gearbeitet werden muß. Duldiamkeit muß im deutschen Volk herrschen. Wer hat die Reichssteuer über alles gestellt? Das war Bayern. Dieser Ordnungszustand (Gelächter links) verdient unsere Anerkennung. Ein solcher Staat will eben auch deutsch und durch Deutsche regiert werden. Wir fündigen an deutschen Geist, wenn wir nicht durch einen Regierungsmechsel dafür sorgen, daß alle Deutschen einig zusammengehen können.

Frölich (Kommunist): Sie haben heute die kommunistische Partei verboten, wir weisen auf dieses Verbot! Redner schließt mit einem Hoch auf den internationalen Kommunismus, in das zahlreiche Tribünenbesucher mit einstimmten.

Um 7.30 Uhr, nachdem die beurlaubten Abg. von der Beerdigung Dr. Habenssteins zurückgekehrt waren, begann die Abstimmung bei überfülltem Haus und Tribünen. Das Ergebnis wurde vom Hause mit Stillschweigen aufgenommen.

erner werden abgelehnt alle Anträge auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und Einleitung einer Untersuchung gegen die Reichswehr. Mit 195 gegen 166 Stimmen wurde der Antrag auf strenge Verfolgung der bayerischen Putschisten, Lubendorf und Genossen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Soz. und von den bürgerlichen Parteien Frau v. Oheimb (Deutsche Volksp.)

Schluß der Sitzung 8.30 Uhr.

Die Blätter schreiben, Stresemann sei als ehrlicher Mann gefallen, sein Abgang habe sich in würdigen Formen vollzogen. Die Kritik dürfe wegen der Lage nach innen und außen nicht lange dauern.